

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

10.9.1923 (No. 209)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Str. Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. B. Reibacker
Carl Aug.
Seyfried,
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für 10.—15. September 1.300.000 M. — Einzelnummer 200.000 M. — Anzeigengebühr: 6 Grundpennig für 1 mm Höhe und ein Seitenfeld Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifrester Rabatt, der als Kassensrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antiquarische Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenübernahme wird die Redaktion für die Druckkosten und Kontroversenfall der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellungen der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

Amtlicher Teil.

Sozial- und Kleinrentnerfürsorge

Die Reichsrichtzahl, die der Berechnung von Unterhaltungen für Sozial- und Kleinrentner auf Grund der Verordnung vom 14. August 1923 (RGBl. II S. 794) zugrunde zu legen ist, beträgt nach dem Stand vom 8. September 1923 = 1845 261.

Poincarés Antwort

An den französischen Bedingungen ist nicht zu rühren . . .

Poincaré hat nun seine Antwort auf die Stuttgarter Rede Stresemanns gegeben. Am gestrigen Sonntag hielt er zwei Reden bei Denkmalsfeierlichkeiten, deren Grundtenor der ist: Frankreich bleibt bei seinen Bedingungen. Wenn der passive Widerstand Deutschlands Finanzen zerrützte, so möge es ihn doch aufgeben. Frankreich sei sicher, daß er von selbst zusammenbreche. Was die von Stresemann angebotenen Pfänder anlangt, so siehe es Frankreich vor das, was es in der Hand habe, zu behalten, anstatt anderen Sachen nachzulaufen. Wirtschaftsverträgen mit Deutschland stehe Frankreich nicht prinzipiell ablehnend gegenüber, aber erst müßten die politischen Probleme gelöst werden. Dies alles ist eine glatte Ablehnung der bisherigen deutschen Angebote. Es ist auch die Mitteilung, daß die in der letzten Zeit unternommenen Versuche der deutschen Regierung, auf diplomatischem Weg eine Einigung mit Frankreich anzubahnen, bisher gescheitert sind.

In einer Rede in Damville führte Poincaré am Sonntag u. a. aus:

Es gibt scheint es, im Anlande und sogar vielleicht in Frankreich Leute, die die Wiederholung von Reden ein wenig langweilig finden, deren Gegenstand sich nicht ändert, und deren Schlussfolgerungen immer dieselben bleiben. Ich werde durchaus bereit sein das Thema zu ändern, sobald die Rechte Frankreichs endgültig gesichert sind. Wir würden sicherlich bereit über an dem letzten Willen dieser Gesandten, wenn wir nicht heute von Deutschland vollständige Reparationen der Schäden verlangen würden. Jetzt ist es mehr als vier Jahre her, daß der Friede unterzeichnet wurde. Wir warten noch immer darauf, daß Deutschland leistet, was es uns schuldig ist. Es zwang uns nicht nur durch Ausschüttung als schlechter Schuldner, selbst Pfänder zu ergreifen, sondern auch die Haltung, die es nach unserem Einrücken ins Ruhrgebiet annahm, war für seine eigenen Interessen verhängnisvoll. Es brauchte, anstatt uns in lokaler Weise Reparationen anzubieten, die es an uns auszuführen in der Lage gewesen wäre und statt sich mit uns zu verständigen, wie wir von ihm verlangten, um die regelmäßige Leistung dieser Reparationen sicherzustellen, unsinnige Summen, um den Widerstand zu organisieren, der, wie es glänzte, uns entnütigen mußte, über den wir aber nach und nach triumphierend und der von selbst zusammenzubrechen beginnt.

Wenn der Reichswirtschaftsminister von Raumer oder der deutsche Finanzminister versichern, daß es für Deutschland eine finanzielle Sanierung nur nach Beendigung des Kampfes im Ruhrgebiet gibt, so darf man ihnen also die Antwort geben, daß, wenn dem so ist, sie diese Heilung in der Hand haben. Sie müssen nur noch aufhören, Milliarden Mark ins Ruhrgebiet zu werfen, um die Arbeiter zum Streik zu ermutigen (1). Sie brauchen nur nach der Bevölkerung die Freiheit zu geben, ihren eigenen Neigungen zu folgen. Diese Bevölkerung wünscht nur zu arbeiten, sich mit uns wegen der Lieferungen, die uns geschuldet werden, zu verständigen (2).

Ich höre allerdings, daß der neue Reichskanzler uns jetzt andere Pfänder vor schlägt als das Ruhrgebiet und die Eisenbahnen des besetzten Gebietes, aber wir ziehen es vor, etwas in der Hand zu haben, als einer Sache nachzulaufen. Die Garantien, von denen man da spricht, würden der allgemeinen Hypothek auf sämtlichen Besitz des deutschen Staates, die der Versailler Vertrag den Alliierten gibt, nichts hinzufügen. Wir ziehen die positiven Pfänder, die wir in der Hand haben, vor und werden sie nicht gegen generelle Pfänder freigeben, die vielleicht auf dem Papier ausgezeichnet wären, deren Betrag uns aber entgehen würde. Wir wollen Realitäten und wir werden erst abziehen, wenn wir bezahlt sind.

Stresemann erklärt nachdrücklich, daß ein enges Zusammenwirken zwischen einander ergänzenden Industrien Deutschlands und Frankreichs eine ausgezeichnete Einleitung zur Regelung der Reparationen und zu einem endgültigen Friedensstatut wäre. Es trifft allerdings zu, daß die Industrien der beiden Länder, da Deutschland Kohlen, wir Eisenerze fördern, eines Tages ein Interesse daran haben werden, sich miteinander zu verständigen. Aber die Franzosen, die an diesen wirtschaftlichen Unterhaltungen am meisten interessiert sind, haben begriffen, daß sie, bevor sie an deren Vorbereitung gehen, der französischen Regierung Zeit lassen müssen, bezüglich des Reparationsproblems Sicherheiten und reale Ergebnisse zu erlangen. Wenn wir sehen, daß Deutschland aufrichtig entschlossen ist diese Frage zu regeln, uns für unsere Sicherheit etwas anderes als Versprechungen zu geben, dann werden wir ohne Vorbehalten die Möglichkeit ins Auge fassen, Wirtschaftsverträge abzuschließen. Aber dann möge Deutschland beginnen, sein Verhalten zu ändern und endlich guten Willen zu zeigen. Dann möge Deutschland ein für allemal sich entschließen, ernst-

hafte Anstrengungen zu machen und sich in die Lage zu versetzen, seine Schulden zu bezahlen! Der Ton hat sich geändert, aber das Lied ist fast das Gleiche geblieben.

Deutschland steht am Kreuzweg. Wenn es sich retten will, ist dazu noch Zeit, wenn es weiter bei seinen Methoden bleibt, dann wird es Katastrophen auf sich herabziehen, für die wir nicht verantwortlich sein werden.

Am Sonntag nachmittag hielt Poincaré in Goudainville eine zweite Rede, worin er die Anklage gegen Deutschland, seine jetzige Haltung selbst geschaffen zu haben, wiederholte, um mit der folgenden Erklärung zu schließen: In den Bedingungen, die wir öffentlich gestellt haben, ist nicht zu rühren. Sie sind wiederholt von den französischen Kammern gebilligt worden. Es hängt weder von der gegenwärtigen noch von einer anderen Regierung ab, sie abzuändern. Die Deutschen, die glauben, daß der französische Ministerpräsident anspruchsvoller ist als sein Land und die seinen Sturz wünschen, machen eine sehr falsche Rechnung. Was Frankreich will, ist, bezahlt zu werden. Es hat nach dem Mittel gegriffen, um diese Bezahlung zu erhalten. Frankreich erwartet, daß man ihm Genugtuung gibt. Nicht Frankreich ist es, das weichen wird.

Der Jubel der Pariser Presse

Die Reden finden in der Pariser Presse wieder einmal rückhaltlose Zustimmung. Der „Temps“ findet, daß Poincaré wieder die Auffassung des ganzen Landes wiedergegeben habe. Das „Journal de Débats“ hält das Gerücht von einem bevorstehenden deutschen Verhandlungsangebot nach wie vor sehr wahrscheinlich, erklärt aber, daß jeder deutsche Schritt in dieser Richtung zwecklos sei, wenn er nicht von der Erklärung begleitet sei, daß der passive Widerstand bedingungslos aufgegeben werde. Die „Journée Industrielle“ konstatiert mit großer Befriedigung, daß die wirtschaftliche und finanzielle Herrichtung des Separatismus im Rheinland Riesenfortschritte machen lasse. Dieser Erfolg sei weit weniger der französischen Politik als vielmehr dem finanziellen Wagemut des Kabinetts Cuno zu danken, das von der Geschichte einst den Namen „das Kabinett des nationalen Selbstmordes“ erhalten werde. Da die Rettungssaktion, die das Kabinett Stresemann eingeleitet habe, keinerlei Aussicht auf Erfolg habe, so würde das Rheinland unheilbar und jäheller als man vielleicht erwartet, Frankreich in die Arme fallen. Das Blatt richtet an die Regierung die Mahnung, rechtzeitig alle Vorbereitungen für diesen Augenblick zu treffen, wenn sie sich nicht große Schwierigkeiten aller Art und insbesondere einem neuen Konflikt mit England aussetzen wolle.

Eine englische Stimme zur Lage

London, 8. September. Der Berliner Berichterstatter der „Times“ schreibt, er erfahre von zuverlässiger Stelle, daß die Gerüchte unbegründet sind, wonach die deutsche Regierung in separate Verhandlungen mit Frankreich über die Regelung der Ruhrfrage hinter dem Rücken Großbritanniens eingetreten sei. Die deutsche Regierung habe keinerlei Schritte getan, die nicht durch die oerwöhnten Kanäle der britischen Regierung mitgeteilt würden und sie habe auch keinerlei Absicht, dies zu tun. Zugleich gebe sich die deutsche Regierung keinen Illusionen bezüglich der prekären inneren Lage in Deutschland hin. Sie sehe ein, daß der Ruhrstreik nicht unbegrenzte Zeit fortdauern kann. Sie finde immer größere Schwierigkeiten, ihn zu finanzieren. Die Verhandlungen seien mit der letzten deutschen Note an Großbritanniens, die unbeantwortet geblieben sei, zum Stillstand gekommen. Bei der prekären Lage der deutschen Finanzen sei die deutsche Regierung der Ansicht, daß, wenn kein Fortschritt auf dem bisher verfolgten Wege gemacht wird, sie früher oder später gezwungen sein wird, eine separate Vereinbarung mit Frankreich zu erwägen. Inzwischen werde beachtlich, den passiven Widerstand fortzusetzen. Man sei der Ansicht, daß es für die deutsche Regierung weiterhin unmöglich ist, zu kapitulieren; denn in einem solchen Falle würde Frankreich keine deutsche Regierung mehr zum Verhandeln da sein, da die Kapitulation ebenso wie der Widerstand bis zum Ende des Zusammenbruchs und das Chaos bedeuten würde. Der „Times“-Berichterstatter hebt hervor, daß Stresemann in seiner glänzenden Rede auf dem gestrigen Essen des Verbandes der ausländischen Presse in Berlin erklärt habe, daß seine Politik weiter die sei, eine Anpassung zu zeigen, soweit es sich nicht um wesentliche Bedingungen handelt, jedoch nicht die geringste Anpassung in der Verteidigung deutschen Gebietes. In den Beratungen zwischen dem Kabinett und den Vertretern des Rheinlandes und des Ruhrgebietes habe der Kanzler vollständige Unterstützung für diesen Standpunkt zugesichert erhalten.

London, 9. Sept. Lord George kritisierte in einer Rede in Balas Ibarf die Politik Frankreichs. Er wendte sich gegen die Geringschätzung der britischen Stärke, die gegenwärtig auf dem Kontinent wie eine Epidemie um sich greife. Dabei wären die Staaten des Kontinents ohne die Intervention Großbritanniens heute Vasallenstaaten. Poincaré habe neulich in einer Rede angekündigt, daß Deutschland England vernichtet hätte, wenn Frankreich nicht gewesen wäre. Würden denn aber, so fragte Lord George, die deutschen Heere zu uns herübergeschwommen sein? Napoleon sei es nicht gelang, wie hätte es Kaiser Wilhelm gelingen sollen? England habe ein riesiges Heer ausgerüstet, um Frankreich und Belgien vor vollständiger Vernichtung zu retten. Großbritannien sei nicht so ohnmächtig, wie sich seine Freunde auf dem Kontinent einbildeten.

Schweizerischer Protest gegen die Ruhrbesetzung

Zürich, 8. Sept. Die Züricher Presse veröffentlicht einen von Akademikern, Angehörigen wissenschaftlicher Berufe, Parlamentsmitgliedern und höheren Offizieren aus 18 von 25 Kantonen erlassenen Aufruf gegen die Ruhrbesetzung. Frankreich und Belgien hätten das Ruhrgebiet besetzt, ohne überhaupt sich auf Verhand-

lungen über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands einzulassen und würden nun die wehrlose friedliche Bevölkerung inhaftieren, um dadurch auf die deutsche Regierung einen Druck zum Nachgeben auszuüben. Der Versailler Vertrag wird als ein lawartiges Dokument betrachtet, da er lediglich auf der Behauptung aufgebaut sei, daß Deutschland der allein Schuldige am Kriege sei. Man hätte erwartet, daß nach Beendigung des Krieges, der auch für Recht und Freiheit geführt worden sei, daß die Streitigkeiten unter den Staaten wie unter Gleichberechtigten ausgetragen würden. Statt dessen nun die Säbelherrschaft im Ruhrgebiet. Vom Standpunkt des formellen Rechts wie auch von dem der höheren Gerechtigkeit aus würden es die Verfasser des Aufrufes für ihre Pflicht halten, ihre Ansicht vor aller Welt zum Ausdruck zu bringen.

Münster, 9. Sept. In Dortmund nahmen die Franzosen 80 Milliarden der Ruhrhilfe fort, in Mülheim 500 Milliarden noch unnummerierter Reichsbanknoten und im Stadtteil Hüllen bei Gelsenkirchen 6 Milliarden Mark, die zur Erwerbslosenunterstützung bestimmt waren. In Essen verboten die Franzosen die Annahme von Reichsbankgeld. Belgisches Militär nahm in Arefeld aus der dortigen Reichsbankstelle 306 Milliarden Mark weg.

Paris, 9. Sept. Wie aus Mainz gemeldet wird, fand heute vormittag in Bonn eine Konferenz der rheinischen Sonderbündler statt, bei der, wie man erwartet, wichtige Beschlüsse gefaßt worden sein sollen.

Düsseldorf, 8. Sept. Das französische Kriegsgericht hat heute ein neues Todesurteil gefällt. Der 20jährige Angeklagte, ein Student Naabe, Mitglied des jungdeutschen Ordens, hat ein Handgranatentatentat verübt, bei dem 2 französische Soldaten und 5 Deutsche leicht verletzt wurden; ein 5jähriges Mädchen verlor durch ein Sprengstück ein Auge. Trotz des Appells des holländischen Verteidigers, im Interesse der deutsch-französischen Verständigung die Tat milde zu beurteilen, kam der Gerichtshof zur Verurteilung sämtlicher Schuldfragen und zur Verhängung der Todesstrafe. Der Verteidiger hat gegen das Todesurteil Revision eingelegt.

Die Vorbedingung einer Währungsreparierung

Beim Währungsproblem sind nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge drei Gesichtspunkte unbedingt festzuhalten: 1. Es muß gegenwärtig alles geschehen, um die Schaffung einer Festwährung in die Wege zu leiten und vorzubereiten. 2. Es kann erst wenn die Voraussetzungen geschaffen sind, eine deutsche Festwährung eingerichtet werden. 3. Die erste und wichtigste Voraussetzung ist die Bilanzierung des deutschen Budgets, die nach Lage der Dinge erst möglich ist, wenn die Rhein- und Ruhrfrage eine Lösung findet, welche Deutschland diese wichtigsten Wirtschaftskategorie erhält. In dem bereits mitgeteilten Beschluß der Währungskommission des Reichswirtschaftsrats ist diesen Gesichtspunkten voll Rechnung getragen.

Es ist also falsch, das eine ohne das andere zu erwarten und zu glauben, wie es nach einer am Sonntagabend gefaßten Entschlieung des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes und verschiedenen in der Presse gemachten Vorschlägen hervorzuheben scheint, daß es möglich sei, unabhängig von den oben aufgeführten Grundvoraussetzungen an die Sanierung der Währung heranzugehen. Durch solche Anschauungen, die immer noch in breitesten Kreisen des Publikums herrschen, werden nur Hoffnungen erweckt, deren Verwirklichung nicht möglich ist.

Ein Projekt des Finanzministeriums

Die sich mit der Vorbereitung der Währungsreform beschäftigenden Ressortberatungen im Reichsfinanzministerium hatten, nach Meldungen Berliner Blätter, bisher folgendes Ergebnis:

Es soll eine neue Währungsbank gegründet werden mit einem Kapital, das zu gleichen Teilen durch eine Belastung von Industrie, Handel und Gewerbe auf der einen und der Landwirtschaft auf der anderen Seite gebildet werden soll. Die Landwirtschaft soll eine hypothekarische Belastung ihres Grundbesitzes auf sich nehmen, die in Prozenten des Mehrertragswertes bemessen werden soll. Der gleiche Kapitalanteil soll auf Industrie, Handel und Gewerbe entfallen. Hier soll jedoch ein bestimmter Prozentsatz in Gold und Devisen eingezahlt werden, der Rest, etwa 90 Prozent, durch Eintragung von Hypotheken auf den Grundbesitz oder soweit die Herabgabe sicherer Schuldverschreibungen geleistet werden. Es soll außerdem Vorzüge getroffen werden, daß in Form von Devisen oder sonstigen Goldwerten der Währungsbank auch ein Münzfonds zur Verfügung gestellt wird. Auf Grund der vorstehend geschilderten Sicherheiten sollen alsdann Rentenbriefe ausgeben werden, die ihrerseits wieder die Grundlage für die auszugebenden Geldnoten zu bilden haben, und zwar derart, daß eine Einlösung der Geldnoten die auf einen bestimmten Betrag Feingold lauten in Rentenbriefen vorgesehen ist. Dem Reiche soll von der Währungsbank ein größeres Darlehen gewährt werden, das zum Teil zur Einlösung von Papiermarkschuldverschreibungen, zum Teil zur Finanzierung des weiteren Reichsbedarfes Verwendung zu finden hätten. Dieses Darlehen soll auf einen bestimmten Betrag begrenzt werden und darüber hinaus nicht erhöht werden dürfen. Auch die Reichsbank soll an der neuen Währungsbank beteiligt werden, und zwar

